

Seit längerer Zeit bereits, mindestens seit dem Beginn der Marshallplan-Politik, tritt die Tendenz seitens des amerikanischen Imperialismus in Erscheinung, den deutschen Imperialismus zu seinem Hauptverbündeten zu machen. Die gesamte Wirtschaftspolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden, die die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands restlos dirigierten, ist darauf gerichtet. Während alle im Verlauf des Krieges und nach seinem Ende getroffenen alliierten Vereinbarungen dem Ziel dienten, der deutschen Wirtschaft eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen, wurden diese Vereinbarungen in Westdeutschland bewußt und systematisch mit Füßen getreten. Als der Leiter des Amtes für Entkartellisierung bei der amerikanischen Militärregierung, James Martin, im Juli 1947 von seinem Posten zurücktrat, erklärte er bei seiner Ankunft in New York u. a.:

„Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht worden.“

Mr. Martin war nicht der erste Beamte der Militärregierung, der zurücktrat, weil er die Unmöglichkeit einsah, gegen den Widerstand der amerikanischen Monopolisten die wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, die eine friedliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft garantiert hätten. Er war auch nicht der letzte. Vor ihm waren Oberst Bernstein und Russel A. Nixon aus den gleichen Gründen aus ihren Ämtern ausgeschieden. Im Mai 1948 protestierten 19 Beamte des Stabes der Entkartellisierungsabteilung der amerikanischen Militärregierung gegen die amerikanische Besatzungspolitik.

Die Absicht, die deutschen Monopolisten zu den Hauptverbündeten des amerikanischen Imperialismus zu machen, geht auch schon eindeutig aus dem Bericht des sogenannten Harriman-Ausschusses hervor, der zur Prüfung der Frage der „Auslandsunterstützung“, zur Vorbereitung des Marshallplans eingesetzt wurde, in dem es bereits am 8. November 1947 hieß:

„Kein Teil der wirtschaftlichen Unterstützung, die die im Ausschuß für wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit vertretenen Staaten erbeten haben, ist von größerer fundamentaler Notwendigkeit als derjenige, der zur Wiedergesundung der Industrie, der Landwirtschaft und des Transportwesens Deutschlands dienen soll.“

Die besondere Unterstützung, die der amerikanische Imperialismus den deutschen Monopolisten angedeihen ließ, geht eindeutig daraus hervor, daß die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands seit dem Beginn des Marshallplans bedeutend schneller voranschreitet, als die der übrigen westeuropäischen Länder.

Die Gründe dieser besonderen Fürsorge des amerikanischen Imperialismus für die deutschen Monopolisten sind vielfältiger Natur und müssen im einzelnen betrachtet werden.